

EPD

02.11.2010

---

## Integration/Bundesregierung/INT

Migrationsforscher Bade forderte bessere Vernetzung bei Integration -  
(epd-Gespräch)

Berlin (epd). Vor dem vierten Integrationsgipfel der Bundesregierung hat der Migrationsforscher Klaus J. Bade davor gewarnt, «immer wieder das Rad neu zu erfinden». Durch eine bessere horizontale und vertikale Vernetzung von Bund, Ländern und Kommunen könnten bei der Integration der Einwanderer bessere Ergebnisse erzielt werden, sagte Bade in einem epd-Gespräch in Berlin. Zudem dürfe in der Integrationsdebatte nicht immer nur auf die negativen Ausnahmen geschaut werden.

Bislang liefen viele Maßnahmen unkoordiniert ab. So würden etwa die Sprachstandsmessungen in Kindertagesstätten sehr unterschiedlich gehandhabt, erläuterte der Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Auch der Umgang der Länder mit dem Schulbesuch von Kindern von illegal in Deutschland lebenden Migranten sei sehr unterschiedlich.

Bade wies darauf hin, dass die Integrationskurse gut angenommen würden. Rund 60 Prozent der Teilnehmer besuchten die Sprach- und Integrationskurse freiwillig. Zudem gebe es lange Wartezeiten. «Das ist verlorene Zeit für die Integration durch Sprache», sagte Bade, der am Integrationsgipfel teilnimmt. Bei der Konferenz im Kanzleramt solle daher nicht über Integrationsverweigerer gesprochen werden, sondern über die Frage, wie mehr Geld für die Kurse zur Verfügung gestellt werden könne.

Die Debatte der vergangenen Wochen bezeichnete Bade als «Gespensterdiskussion». Sie sei nach dem Motto geführt worden: «Erst schießen und dann fragen, wer da liegt». Es sei bereits über Sanktionen gegen Integrationsverweigerer gesprochen worden, als noch gar nicht bekannt gewesen sei, wie der Begriff definiert werde und welche Zahlen es dazu gebe.

Die von der Bundesregierung geplanten individuellen Integrationsvereinbarungen bezeichnete der Migrationsforscher als gutes Instrument. Ein solcher Vertrag könne auf verschiedenen Ebenen praktiziert werden. So könnten auch Schulen und Eltern Verträge abschließen. Bei schwerwiegenden Lernproblemen oder auffälligem Fehlverhalten eines Kindes könnten dessen Eltern verpflichtet werden, der Einladung zu einem Gespräch mit den Lehrern oder der Schulleitung Folge zu leisten. Kämen sie dieser Pflicht nicht nach, komme die Schulaufsicht nach Hause. Das sei in der Schweiz so geregelt, berichtete Bade.